



Mitteilungsblatt 01/2011

Liebe Mitglieder,
sehr verehrte Damen und Herren,

dieses Informationsblatt unseres Vereins erscheint in der Zeit wichtiger Ereignisse in Görlitz. Wir wollen unseren Mitgliedern Informationen geben, die für die Beurteilung und Entscheidung anstehender Probleme wichtig sind. Unsere Bitte ist:

Unterstützen Sie unsere Arbeit dadurch, dass Sie diese Informationen weitergeben oder uns wissen lassen, wer an diesem Mitteilungsblatt Interesse haben könnte.

Inhalt

- 1 Ein neues Jahr**
- 2 „zur Sache!“ 2011**
- 3 Neujahrsansprachen**
- 4 Demokratie-Defizite**
- 5 Titel oder Argument**
- 6 Zuverlässigkeit und Wahrheitsliebe**
- 7 Gesundheitskosten**
- 8 Abwerbestop**
- 9 Versuch einer Zensur?**

„Ein neues Jahr, ein neues Glück“, wünschte Hoffmann von Fallersleben Neujahr 1841 den Deutschen. Jedoch nicht dieses Glück, das wir hinter der nächsten Hausecke erwarten. Nein, schreibt er: „Hinweg mit allem Weh und Ach / W i r s e l b s t sind Glück und Ungemach / w i r s e l b e r sind die Zeit! / Und machen wir uns froh und gut / ist froh und gut die Zeit!“

Diese Gesinnung sollten sich alle Görlitzer zur Brust nehmen: Weg mit allem Selbstmitleid, weg mit dem „es tut sich ja doch nichts!“ in Görlitz. „zur Sache!“ will in diesem Sinne auch im neuen Jahr Pfeffer und Salz streuen, um den Eigengeschmack der öffentlichen Angelegenheiten an den Tag zu bringen. „zur Sache!“ will über die Stadtgesellschaft und -politik berichten, gegen die Lethargie des „es wird ja doch nichts“ angehen, aber auch gegen jeden falschen Konsens, der faulig riecht und gegen jede vorausseilende political correctness, unter der die Lebendigkeit unserer Stadt leidet.

Wir beginnen das neue Jahr mit einem Gruß an unsere Leser und bitten weiterhin um Anregungen und Ideen für diese Mitteilungen.

2

Am Jahresbeginn wird ein politisch engagierter Verein nach seinem Kompass und dessen Feinjustierung gefragt. Hat sich an der Art unserer Anschauung der stadtpolitischen Wirklichkeit etwas geändert?

Das bejahen wir. Unsere Vorstellungen über gemeinschaftliches Handeln im Stadtrat sind an der Wirklichkeit weiter gewachsen. „zur Sache!“ e. V. bleibt die politische Vereinigung, die unabhängig von bestehenden Parteien als Wählergemeinschaft an der politischen Willensbildung mitwirkt und sich zu Werten wie Gerechtigkeit, Pflichterfüllung und Eigenverantwortung bekennt, unverändert so, wie wir es in unserem Wahlprogramm geschrieben hatten. Nach kaum zwei Jahren politischer Erfahrung im Stadtrat legen wir aber Wert auf die folgenden Feststellungen:

1. Wir sehen in unserem politischen Gegenüber im Stadtrat nicht unsere Feinde.
2. Wir meinen weiterhin, dass wir auch diesem Gegenüber zu Wahrheit und Zuverlässigkeit, zu Anstand und zum möglichen Kompromiss verpflichtet sind.
3. Wir meinen aber auch, dass auf einen groben Klotz ein grober Keil gehört.

In der Feinjustierung nennen wir die Schwerpunkt-Themen, die uns 2011 wohl besonders beschäftigen werden:

1. Görlitz als Welterbe-Stadt
2. die Sanierung der Stadthalle
3. das Konzept „Berzdorfer See“
4. der Erwerb von Gewerbeflächen durch die Stadt
5. die Stadtentwicklung in sozialen Brennpunkt-Quartieren
6. die Nutzung des „Kahlbaum-Areals“
7. eine erfolgreiche Sächsische Landesausstellung
8. der Doppel-Haushalt 2011/12 und
9. der Schutz städtischen Vermögens.

Dazu werden Sie in den kommenden Mitteilungen von uns lesen. Noch ein Blick zurück auf das, was uns 2010 erfreute, erschreckte und beschäftigte.

3

Wurde dem Bischof von Berlin, Otto Dibelius, ein Kandidat für ein Amt empfohlen, stellte er die prüfende Frage: „Ist er nur ein guter Christ oder kann er etwas?“ Diese Frage sollten wir, nur wenig abgewandelt, häufiger im Stadtrat stellen. Niemandem sei der gute Wille abgesprochen. Aber taugt das Handeln etwas?

Von Dr. Weidle besitzen wir einen solchen Leistungsnachweis. Er lieferte ihn in seiner Ansprache vom Neujahrsempfang 2010. Damals meinte er: „Herr Paulick hat als Chef des Stadtrates und der Verwaltung kein Konzept für unsere Stadt und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wertvolle Zeit verstreicht ... Es ist meine feste Überzeugung, dass es der Ernst der Lage gebietet, ihn zu einer konstruktiven Arbeitsweise zu zwingen.“

Die sehr verehrten Damen und Herren haben inzwischen erlebt, dass OB Paulick nicht nur ein Konzept hatte, sondern dieses auch gegen die destruktive Gegnerschaft von Dr. Weidle und der ihm hörigen Fraktion „Bürger für Görlitz“ durchsetzte. Der OB sanierte entgegen dem deutschlandweiten Trend die Finanzen der Stadt, er hat den Wunsch nach dem Neuerstehen der Stadthalle erfüllbar gemacht, er hat sich tadellos in der Bewältigung des verheerenden Hochwassers bewährt. Er manövrierte das Klinikum durch die bösartigsten Stürme, die nicht zuletzt die Fraktionsspitze der BfG auslöste. Bis heute konnte der Oberbürgermeister die Abgabe des Klinikums an den Landkreis verhindern. Das aber wünschen Dr. Weidle, die Bürger für Görlitz und die CDU weiterhin, entgegen dem Auftrag der Bürgerbefragung.

Nun sind wir gespannt auf Dr. Weidles Neujahrsrede 2011. Um im Bilde zu bleiben: Ich fürchte, auch die Würde für eine Anstellung bei Bischof Dibelius nicht ausreichen.

Gibt es ein Demokratiedefizit in Görlitz? Eindeutiger gefragt: Ist der Stadtrat nur der Erbhof einzelner Meinungsmacher?

In der Theorie sind die Görlitzer Bürger Inhaber aller Souveränität in der Stadt. In einer repräsentativen Demokratie wird die städtische Macht (eigentlich aus Vereinfachungsgründen) an den Stadtrat delegiert. Diese auf Zeit verliehene Macht wird geformt durch die moralische Substanz der gewählten Personen. Und damit beginnt das große Wagnis, das jede freiheitlich organisierte Gemeinschaft eingeht: Die Machtinhaber sollten sich zwar beständig vor Augen halten, dass ihre Machtausübung nur zeitweilig ist. Somit sollte es selbstgefühlte Pflicht sein, sich gegenüber der Gesamtgesellschaft zurück zu nehmen, weil alle zur Mitbestimmung aufgerufen sind. Aber diese Überzeugung und dieses Handeln kann durch kein Gesetz diktiert werden, sie muss die moralische Substanz des Einzelnen ausmachen. Demokratie gibt es eben nur unter Demokraten.

Der Verlauf des Stadtrates vom 16.12.2010 war ein Beispiel dafür, wie gering in Görlitz die Bereitschaft ist, demokratische Strukturen und Vereinbarungen anzuerkennen und einzuhalten.

Nach der Geschäftsordnung trifft sich in der Regel gute 10 Tage vor dem Stadtrat der Oberbürgermeister mit den Fraktionsvorsitzenden im Ältestenrat, um die Tagesordnung festzulegen. Das geschah auch vor dem 16.12.2010. Die Verwaltung bekam wieder den Auftrag, eine Präsentation der Tagesordnung für die Zuschauer vorzubereiten und die Protokollantin schrieb wieder ihren Bericht. Das alles nennt man einen demokratischen Findungsprozeß. Wenige Tage später gefiel es der CDU, im Stadtrat das gerade Zugesagte umzustößen und im Alleingang eine neue Tagesordnung zu kreieren.

Hier beginnt das eingangs genannte Problem: es gibt kein Gesetz, daß dieses Handeln verbietet. Hier fehlt lediglich die moralische Substanz, die Treue zum vereinbarten Wort. Die Arbeit des Ältestenrates wird lächerlich gemacht, wenn die dort geschlossenen Vereinbarungen nicht eingehalten werden, das Bürgerinteresse wird missachtet, denn die Präsentation für die Bürger war hinfällig. Aber auch die sinn- und nutzlose Sitzung des Ältestenrates, die Missachtung des zeitlichen Aufwandes der ehrenamtlichen Stadträte, all das erstaunt und verlangt nach Rechtfertigung.

Auch der Sitzungsablauf zeigte die Missachtung, die einzelne Stadträte den gewählten Vertretern der Görlitzer Bürger entgegenbringen. Ich zitiere eine Pressemeldung von Stadtrat Schiener („zur Sache!“), der schon früher „die andauernden Störversuche durch lautes Reden und ständiges Umdrehen ...“, (auch des Fraktionsvorsitzenden Dr. Weidle ...), beklagt hatte.

Nach der neuen Tagesordnung wurden nun zuerst die Wahlen für die ratseigenen Aufsichtsräte in Klinikum und Kulturservice durchgezogen. Unmittelbar danach, 20:30 Uhr (die Sitzung dauerte bis 22:15 Uhr), verließ Dr. Weidle den Saal. Die Wahlen waren ihm wichtig, die Sachthemen unwichtig.

Jetzt würde vielleicht die Linke sagen, das sei eben die typische Gutsherrenart. Nein, die Gutsherren waren höfliche Leute. Hier begegnen wir diesem alten Mehltau aus DDR-Zeiten, dieser wider-demokratischen und selbstherrlichen Denkweise. Genau so gefühllos, wie Dr. Weidle 1989 als Wahlleiter fungierte, unbeeindruckt von den klagenden und zornigen Briefen Görlitzer Bürger, genau so seelenruhig missachtet er heute die im kollegialen Konsens erzielten Vereinbarungen.

Zum Wort des Jahres wurde „Wut-Bürger“ gewählt. Gäbe es doch solche in Görlitz!

5

Taugen Titel als Argumente? Diese Frage muss in Görlitz gestellt werden, wenn ein Stadtrat in der politischen Diskussion schriftlich argumentiert: „Was wollen Sie denn überhaupt, dieser Mann ist Professor!“

Wer taugt mehr: ein ordentlicher Gastwirt in Hagenwerder, der sich ehrenamtlich für den Aufbau guter Strukturen am Berzdorfer See einsetzt oder ein Professor, der Arbeitsplätze in der gleichen Gegend vernichten will? Diese Frage zu stellen, heißt daran zu erinnern, dass Titelsucht und Überschätzung von Titeln kein Erbe aus kaiserlicher Zeit ist, sondern dem Mief der DDR entstammt, die eine Flut von Titeln nach Verdienst und (sozialistischer) Würdigkeit über das Land ausgeschüttet hatte.

Im Wissenschaftsbereich ist es selbstverständliche Pflicht, jedem Interessierten über sein Arbeitsgebiet Auskunft zu geben. Die schriftliche Anfrage nach der wissenschaftlichen Arbeit des oben erwähnten Professor-Stadtrates wurde nie beantwortet. Nur im Stadtrat war zu hören, daß er „über seine Biographie keine Auskunft“ gebe!

Zur Information des zu Beginn genannten Stadtrates: Der Titel „Professor“ ist heute häufig kein Leistungsnachweis für wissenschaftliche Arbeit mehr, sondern der Hinweis, daß diese Person im Anstellungsverhältnis einer Hochschule steht. Heute gilt erst recht, was Bundespräsident Lübke einst sagte: Trau, schau wem!

6

Was halten Sie von einem Politiker, von dem es heißt, es kann geschehen, daß er mitten auf dem Weg das Ziel aus dem Auge verliert, ja sich vielleicht entschließt, es gar nicht mehr erreichen zu wollen oder, der etwa mit den Worten Heinrich Heines sagt „habend nie gewollt es“?

So verwirrend zu deuten sind die Reden in der großen Koalition im Stadtrat von Görlitz. Überraschendes Ergebnis eines Interviews der Chefs von CDU und Bürger für Görlitz im Niederschlesischen Kurier (4.12.2010) war die folgende Aussage von Dr. Weidle: „Als es im Stadtrat um die Konsolidierung des Haushaltes ging, gab es schon einmal den Vorschlag, die Zukunft des Görlitzer Krankenhauses als eine Art Mutterkonzern ... zu sehen. Diese Holding hätte aber nichts mit dem Verkauf des Hauses zu tun... Leider ist das falsch kolportiert ... man hat Ängste geschürt, angeblich hätten wir das Krankenhaus verkaufen wollen..“

Nanu, denkt da jeder, der Augen zum Lesen und Hirn zum Merken hat. Und er liest nach, was der gleiche Dr. Weidle in der gleichen Wahlperiode am 8.10.2009 in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister geschrieben hat:

„In den Konsolidierungskatalog nehmen Sie bitte in jedem Falle folgende Maßnahme mit auf...: 3. Verkauf/Teilverkauf Klinikum an Landkreis.“

Und in der Kreistagssitzung vom 06.10.2010 wird Herr Dr. Weidle in der Niederschrift so zitiert: „... Weiter verweist Herr Dr. Weidle auf den Grundgedanken einer großen Mehrheit des Görlitzer Stadtrates zur kommunalen Kreisholding der stationären Einrichtungen. Er teilt mit, dass die Fraktion Freie Wähler die Beschlussvorlage für geeignet halte, um mit einer klug durchdachten Konzeption die anderen stationären Einrichtungen des Landkreises in eine hoffnungsvolle Zukunft zu führen. Dennoch bleiben einige Fragen (z. B. wer wird das Konzept erstellen, welche Kosten sind damit verbunden, gibt es steuerliche Auswirkungen, welche Gesellschaften werden dazu gehören?).“

Nun ist der Leser gefragt. Welche Bedeutung haben für Sie Zuverlässigkeit und Wahrhaftigkeit in der Politik?

7

Mirko Schulze von den Linken äußerte sich im letzten Stadtrat zum Klinikum-Streit etwa so: Bei der Gesundheit, der Versorgung der Menschen im Klinikum darf Geld keine Rolle spielen. Da hat die Marktwirtschaft kein Mitspracherecht.

Diese überaus sympathische Meinung hat nur einen kleinen Fehler: sie ist falsch. Diese Meinung hat unser Gesundheitswesen inzwischen zum Krüppel gemacht. Bitte nachdenken: Bezahlen sich etwa die Tabletten von allein? Wer zahlt die neuen Tarifverträge? Oder: Wer kompensiert die verminderten Einkünfte des Klinikums durch die Röslerschen Gesundheitsgesetze?

Da versucht die Geschäftsführung unseres Klinikums überqualifizierte, teure Kräfte durch einfachere und kostengünstigere zu ersetzen und wird deshalb angegriffen. Frage: Warum soll eine hochqualifizierte und damit teure Kraft Arbeiten verrichten, die von weniger qualifizierten Kräften auch erledigt werden können?

Jeder Kaufmann sorgt in guten Zeiten vor und wartet nicht, bis er rote Zahlen schreibt. Das sollten auch die Roten ernst nehmen.

8

Während des letzten Stadtrats am 16.12.2010 konnte unsere Fraktion „zur Sache!/SPD“, obwohl in der Minderheit, einen guten Erfolg für das Klinikum erringen. Im Antrag der CDU unter dem Namen „Abwerbungsverbot“ ging es darum, dem Klinikum zu verbieten, Ärzte aus Kliniken des Landkreises zu werben, umgekehrt ist das den Landkreiskliniken aber gestattet. Dazu sollte grundsätzlich das Gehalt neuer leitender Ärzte begrenzt werden (unabhängig von deren fachlicher Qualität und einem möglichen Mangel im Görlitzer Klinikum). Das wäre eine bewusste Bevorzugung der Kliniken des Landkreises und eine Behinderung der Arbeit des Görlitzer Klinikums gewesen. Erstaunlich, dass ein solcher Antrag von Stadträten kam, die ihr Amt allein zum Wohl der Stadt Görlitz führen sollen?

Deshalb forderte „zur Sache!/SPD“ eine namentliche Abstimmung, um später die Verantwortlichen klar benennen zu können. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Da war sie wieder, die Angst, sich zur eigenen Entscheidung zu bekennen. Dann erinnerten wir an die Stadträte, die einst im Stadtreinigungsverfahren ein Labor zum Schaden der Stadt Görlitz begünstigt hatten und die dafür schrecklich büßen mussten. Dieser Hinweis auf das eigene Portemonnaie der abstimmenden Stadträte ließ die sonst geschlossene Phalanx der großen Koalition zusammenbrechen. Und die gleiche Mehrheitsfraktion, die den Antrag eingebracht hatte, lehnte ihn dann ab. Merkwürdig! Ein persönliches Risiko wollte man dann wohl doch nicht eingehen.

9

Die Sächsische Zeitung kann im Klinikum nicht mehr gekauft werden. Das ist die Folge vieler Falschberichte und Verleumdungen des Klinikums durch dieses Blatt. Jeder denkende Mensch sagt dazu: kein Wunder, wer wird die eigene Diffamierung noch unterstützen! Anders der grüne Prof. Schulze, falls es wahr ist, was die SZ am 11.12.2010 abdruckte: „René Bostelaar handle grundsatzwidrig, wenn er den Verkauf der SZ am Kiosk verbiete ...Versuch einer Zensur...“

Fordert Schultze da 20 Jahre nach dem Untergang der DDR tatsächlich etwas, was nur im Nationalsozialismus oder in der DDR befohlen werden konnte? Zur Information von Prof. Schultze: Freiheit bedeutet Wahlmöglichkeit, nicht nur im Kaufen, sondern auch im Verkaufen. Gerade deshalb werden im Klinikum auch andere radikale oder unappetitliche Heftchen nicht angeboten. Schon Rosa Luxemburg sagte (nach Voltaire): Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit.

